Allgemeiner Anzeiger

für das Amt Kierspe

Verbreitungsbezirk: Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Rönsahl, Oberbrügge, Bollwerk, Bollme u. Grünenbaum

Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. Westf. — Hauptgeschäftsstelle: Halver. — Fernsprecher: Nr. 442

Nr. 33 | Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Reichspfennig; für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig; Reklame 40 Reichspfennig — Offertgebühren 30 Reichspfennig und Porto. — | Mittwoch, den 8. Februar | Erscheint wöchentlich 6 mal mit 4 Gratis-Beilagen Abonnements- und Inseraten-Annahme: Kierspe: Fritz Schäfer; Kierspe-Bhf.: Fritz Becker. Höckinghausen: Lehrer Dittmar. Rönsahl: W. Crone. | 1933

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung ist nach kurzer Sitzung aufgeflogen.

* Beim Staatsgerichtshof in Leipzig ist die Klage der Regierung Braun auf Ungültigkeitserklärung der neuen Preußen-notverordnung eingegangen.

* Der bekannte ungarische Staatsmann Graf Apponyi ist in Genf gestorben.

Genfer „Dreh".

Über den Genfer Verhandlungstischen hängt wieder einmal die Wolke größter Verlegenheit. Das ist dort freilich ein schon ziemlich gewohnter Zustand, aber diesmal drängen sich diese Wolken geradezu. Da aber ein solches Gewölk über Genf den Reiz erstmaliger Neuheit nicht mehr besitzt, so vermag die Welt ein zwar interessiertes, aber höchstens noch neugieriges Gesicht dafür aufzubringen, welchen „Dreh" die Herren in Genf denn nun wieder einmal finden werden. Sie müssen ihn finden; das ist doch ihr diplomatisches Handwerk!

Zunächst vollzog man im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz — denn diese selbst tagt noch nicht — so etwas wie ein recht feierliches Begräbnis für den französischen „Plan constructif", den Abrüstungsplan also, der im November v. J. vom Ministerpräsidenten Herriot produziert worden ist. Die allgemeinen Voraussetzungen für die Behandlung dieses Planes waren inzwischen aber insofern etwas anders geworden, als ja inzwischen Deutschland sich wieder entschließen konnte, an den Tagungen zunächst jenes Hauptausschusses teilzunehmen. Da diese Geschichte nun am 2. Februar d. J. losging, also einige Tage nach dem deutschen Regierungswechsel, so erwartete man in Genf nicht zu Unrecht, daß der deutsche Vertreter, Botschafter Nadolny, „einiges" zu sagen hätte und sagen würde. Aber es war gar nichts Neues, sondern nur das, worüber sich so ziemlich das ganze Deutschland einig ist: daß uns Deutschen nämlich ein vertragliches Recht auf die allgemeine Abrüstung zusteht, daß ferner die Erfüllung dieses Anspruchs nicht länger aufgeschoben werden dürfe, und daß schließlich von allen Konferenzteilnehmern — natürlich Deutschland mit einbegriffen! — eine Abrüstungskonvention abgeschlossen werden müsse, die den Erfordernissen des Artikels 8 der Völkerbundsatzung — militärische Sicherheit — entspräche. „Der deutsche Reichskanzler hat diesen seit dem Beginn der Konferenz unveränderten deutschen Standpunkt bestätigt", äußerte Botschafter Nadolny zu Beginn seiner Rede über den neuen, alten „Abrüstungs"- und „Sicherungs"plan Frankreichs.

Da in Genf auf dieser Konferenz gar nichts zustandegebracht wird, schwang man die Spaten zum Begräbnis dieses Plans, den Paul-Boncour, jetzt nicht mehr Ministerpräsident, wohl aber Völkerbunddelegierter und Außenminister Frankreichs, hartnäckig zu empfehlen suchte. Es gibt aber in diesem Plan keinen Vorschlag für eine tatsächliche und weitgehende „qualitative" Abrüstung, also keine Verminderung der Angriffswaffen; denn die sollen ja erhalten bleiben, teils im Lande der bisherigen Besitzer „zur Verfügung des Völkerbundes", teils als Ausrüstung „der nationalen Kontingente der Völkerbundarmee"! Deutschland hingegen verlangt die Vernichtung dieses Waffen„arsenals" und tatsächliche Verhinderung einer Neuherstellung. Von der Einschränkung der Truppenstärken ist auch nur eine „etappenweise Herabsetzung empfohlen. Das alles ist mit dem deutschen Standpunkt unvereinbar.

England und Amerika lehnten auch ab, namentlich deswegen, weil beide Staaten sich nicht in ein geradezu unübersehbares System von „regionalen" Sicherheitsverträgen einspinnen lassen wollen. Völkerbund-, Locarno- und Kelloggpakt — damit ist Englands nicht allzu große „Sehnsucht" nach Verträgen restlos erfüllt! Und da Amerika, wie jetzt üblich, sich zurückhält, haben die Mittel- und kleineren Mächte mit nur wenigen Ausnahmen gleichfalls herzlichst für den französischen Plan gedankt, ihn aber auch abgelehnt. Man sitzt also auf diesem Gleis wieder einmal fest; also — sucht man auf einem anderen vorwärts zu kommen. Und wenn es bloß ein bißchen ist!

Litwinow, der Sowjetvertreter, ist das Schreckenskind auf der Abrüstungskonferenz; er stellt des öfteren, um sozusagen die dortige Atmosphäre aufzufrischen, die „unmöglichsten", weil undiplomatischsten und radikalsten Anträge. Es mutet ja auch wirklich wie ein Witz an, wenn jetzt Litwinow z. B. beantragt, man solle doch einmal „konferenzamtlich" feststellen, wen bei Ausbruch eines Krieges die Verantwortlichkeit treffe, wer also dabei „der Angreifer" sein „müsse". Litwinow machte — ohne dabei Japan natürlich zu erwähnen, obwohl sicher alle Delegierten an den „Konflikt" im Fernen Osten gedacht haben mögen — das nicht ungeschickt; er zählte eine Reihe von Fällen auf, die keinesfalls einen Grund zur Kriegserklärung abgeben dürften, und rechnete dazu auch die inneren Verhältnisse eines Staates, ferner die Nichtanerkennung von Schulden. Ein Staat dürfe also nicht durch Androhung oder Durchführung kriegerischer Maßnahmen „exekutiert" werden. Aber Angreifer sei, wer den Krieg erklärt oder ohne Kriegserklärung in das Gebiet eines anderen Staates eindringt bzw. von der Luft oder der See her kriegerische Maßnahmen ergreift.

Das ist wieder ein solch heißes Eisen, an dem man sich in Genf höchst ungern die Finger verbrennt. Man rührt nicht daran. Man sucht vielmehr — ein anderes Gleis. Aber dieses eigentliche Hauptgleis, nämlich die Frage einer wirklichen Abrüstung zu benutzen und zum Ziel vorwärtszufahren, bleibt leer und ungenutzt.

Krach im Ueberwachungsausschuss

Überwachungsausschuß des Reichstages aufgeflogen.

Nationalsozialistische Angriffe gegen Löbe.

Der Ständige Ausschuß des Reichstages, der unter Vorsitz des Abgeordneten Löbe (Soz.) steht, ist nach kurzer Sitzungsdauer unter erheblichen Lärmszenen aufgeflogen.

Vor Beginn der sachlichen Beratungen erklärte der Nationalsozialist Dr. Frank II unter erregten Kundgebungen der übrigen nationalsozialistischen Abgeordneten, daß seine Fraktion jede Tagung dieses Ausschusses verweigere, solange ein Mann wie Löbe den Vorsitz führe. Löbe habe im Wahlkampf in Lippe den Führer des nationalen Deutschland als „Adolf der Slowake mit den blutigen Fingern" bezeichnet. Diese gerade ungeheure Herabwürdigung habe die charakterliche Unfähigkeit Löbes völlig erwiesen, Vorsitzender des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung zu sein.

Selbstverständlich würden die Nationalsozialisten ihre Mitarbeit zur Verfügung stellen, um die Freiheit des Wahlkampfes, die ohnehin unter dieser Regierung nicht gefährdet sei, zu sichern und um die

Korruptionsskandale aller Art,

die sich neben den allenfalls in der Osthilfe vorgekommenen Korruptionsfällen ereignet hätten, vor allem aber die marxistischen Korruptionsskandale der letzten vierzehn Jahre aufzudecken.

Die Nationalsozialisten beantragten, die Sitzung zu unterbrechen, damit ein neuer Vorsitzender bestimmt werden könne. Solange Löbe den Vorsitz führe, würden sie eine Tagung des Ausschusses nicht mitmachen oder unmöglich machen müssen.

Löbe versuchte wiederholt, sich Gehör zu verschaffen, doch wurde er jedesmal durch stürmische Zurufe der nationalsozialistischen Ausschußmitglieder daran gehindert. Schließlich erhob er sich von seinem Sitz und unterbrach die Sitzung auf eine halbe Stunde.

Beim Verlassen des Saales wurden die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses und der Vorsitzende Löbe von den nationalsozialistischen Abgeordneten mit heftigen Zurufen überschüttet.

Nach halbstündiger Pause erklärte der Nationalsozialist Dr. Frank II, da der Erste Vorsitzende innerhalb der für den Wiederbeginn der Sitzung bestimmten Frist nicht erschienen sei, vertage er selbst als Stellvertretender Vorsitzender die Sitzung des Ausschusses auf unbestimmte Zeit. Die sozialdemokratischen Ausschußmitglieder waren zu der zweiten Ausschußsitzung überhaupt nicht erschienen.

Eine Erklärung Löbes.

Zu der Äußerung, die dem Abgeordneten Löbe von den Nationalsozialisten vorgeworfen wurde, gibt er selbst folgende Erklärung ab: „In einer Versammlung in Bad Salzuflen war ich vor der Eröffnung der Versammlung mit Zurufen von Nationalsozialisten bedacht worden und führte deshalb aus: „Die Nationalsozialisten nennen mich Kriegsdienstverweigerer, Landesverräter, Novemberverbrecher. Sie haben den Kampf auf das persönliche Gebiet geschoben. Was würden sie sagen, wenn wir von ihrem Führer unter Hinweis auf seine Herkunft ‚Adolf, der Slowake' sagen würden? Der Ausdruck von ‚blutigen Fingern' beruht auf freier Erfindung."

Ein Brief Löbes an Göring.

Abgeordneter Löbe hat an den Reichstagspräsidenten Göring ein Schreiben gerichtet, worin er Göring bittet, auf Grund seiner präsidialen Befugnisse dafür zu sorgen, daß er, Löbe, die Wiederaufnahme der Beratungen in einer neuen Sitzung durchführen könne, die er ansetzen werde, sobald Görings Zustimmung in seinen Händen sei.

16 Seiten Preußenklage.

— 53 Seiten Briefwechsel.

Von der abgesetzten Regierung Braun wird mitgeteilt: Die Klage des Landes Preußen gegen das Reich und den Reichskommissar ist im Büro des Staatsgerichtshofes beim Reichsgericht eingereicht worden. Die Klage umfaßt 16 Seiten. Der Klageantrag lautet:

„Der Staatsgerichtshof wolle erkennen: Die auf Grund des Artikels 48, Abs. 1 der Reichsverfassung erlassene Verordnung zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen vom 6. Februar 1933 steht mit der Reichsverfassung nicht in Einklang und ist daher ungültig."

Der Klageschrift ist in einem Anlagebande von 53 Seiten der Schriftwechsel beigefügt, der vom Oktober 1932 bis zum 6. Februar 1933 zwischen dem preußischen Staatsministerium und der Reichsregierung und dem Kommissar über die Durchführung des Leipziger Urteils vom 25. Oktober 1932 geführt wurde.

Vorläufig kein Reichsrat.

Der Reichsrat war zu seiner nächsten Vollsitzung auf Donnerstag einberufen worden. In dieser Sitzung wäre auf Grund der neuen Notverordnung das Land Preußen zum erstenmal durch die Bevollmächtigten des Reichskommissariats vertreten gewesen. Diese Reichsratssitzung ist jedoch im Hinblick auf die veränderten Verhältnisse abgesagt worden. Ein neuer Zeitpunkt ist noch nicht festgelegt. Der Zeitpunkt der Einberufung wird wahrscheinlich von der Stellungnahme der übrigen Länder zu der neuen Lage in Preußen abhängen.

Es bleibt beim 5. März.

Der Ständige Ausschuß des Preußischen Landtages stimmt dem Wahltermin zu.

Der Ständige Ausschuß des Preußischen Landtages stimmte am Dienstagabend dem Vorschlag des preußischen Staatsministeriums, das durch den Staatssekretär Robis vertreten war, mit 13 Stimmen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen zu, die Neuwahlen zum Preußischen Landtag gleichzeitig mit den Reichstagswahlen am 5. März vornehmen zu lassen. Das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Kommunisten beteiligten sich unter Abgabe von Protesterklärungen gegen die Notverordnung des Reichspräsidenten an der Abstimmung nicht.

Brauns Klage in Leipzig eingegangen.

Die Staatsrechtsklage der preußischen Minister gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Februar ist beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich in Leipzig eingegangen. Die Klage ist der Gegenpartei mit einer kurz bemessenen Frist zur Beantwortung zugestellt worden.

Löbe soll sich entschuldigen.

Ein Schreiben des Abg. Frank II an Reichstagspräsident Göring.

Der Reichstagsabgeordnete Frank II (Nat.-Soz.) hat an den Reichstagspräsidenten Göring aus Anlaß der Vorkommnisse in der Dienstagsitzung des Überwachungsausschusses des Reichstages ein Schreiben gerichtet, in dem er zunächst betont, daß der Brief des Abgeordneten Löbe an den Reichstagspräsidenten eine Fülle von Unrichtigkeiten enthalte. Frank II spricht dann im Namen der nationalsozialistischen Mitglieder des Überwachungsausschusses die Forderung aus, entsprechend der von der sogenannten Brüning-Mehrheit seinerzeit beschlossenen Änderung der Reichstagsgeschäftsordnung dem Abgeordneten Löbe im Wege der Ausschußabstimmung das Amt des Vorsitzenden zu nehmen und ihn durch eine andere vom Ausschuß zu wählende Persönlichkeit zu ersetzen. Die nationalsozialistischen Mitglieder des Überwachungsausschusses würden, solange dieser Forderung nicht stattgegeben wird, Sitzungen des Ausschusses mit allen parlamentarischen und gesetzlich erlaubten Mitteln unmöglich machen.

Zum Schluß kommt Frank II auf das Ersuchen Löbes an Göring zu sprechen, auf Grund seiner Präsidialbefugnisse künftige Sitzungen des Ausschusses sicherzustellen. Er bittet den Reichstagspräsidenten, seine Stellungnahme davon abhängig zu machen, daß Löbe sich für seine dem Führer der NSDAP. angetane Verunglimpfung entschuldige. Für diesen Fall stellt Frank II die Möglichkeit einer Überprüfung des Standpunktes der nationalsozialistischen Mitglieder des Überwachungsausschusses in Aussicht.

Görings Antwort an Löbe.

Reichstagspräsident Göring hat auf den Brief des Abgeordneten Löbe nunmehr in einem ausführlichen Schreiben geantwortet. Er hat darin zum Ausdruck gebracht, daß erst einmal eine Vereinigung zwischen den beteiligten Ausschußmitgliedern versucht werden solle, wie es in der Praxis auch bisher üblich gewesen sei. Wenn indessen ein befriedigendes Resultat nicht zu erzielen sei, so werde der Reichstagspräsident Göring eine Vermittlung herbeiführen, um die sachliche Arbeit pflichtgemäß zu gewährleisten.

Bayern klagt nicht.

Ein Artikel der „Bayer.-Volkspartei-Korrespondenz".

Die „Bayer.-Volkspartei-Korrespondenz" schreibt u. a., man komme nicht an der Tatsache vorüber, daß die Uebernahme der preußischen Regierung durch die Reichsregierung, wie sie nun faktisch erfolgt sei, den Reichsrat nicht nur gefährde, sondern seinen Sinn und seinen Zweck vollkommen zerstöre. Hier könnten die Länder keinesfalls schweigen. Es läge nichts näher, als daß die dadurch in Mitleidenschaft gezogenen Länder sich klagend an den Staatsgerichtshof des Reiches wenden. Wenn das nicht geschehe — in Bayern wenigstens scheine dazu keine Neigung zu bestehen —, so sei das nicht gerade schmeichelhaft für den Staatsgerichtshof, spreche doch aus diesem resignierenden Verhalten gegenüber dem obersten Gerichtshof des Reiches die trübe Erfahrung, daß ihm die Kraft für eine unabhängige Rechtsprechung in solchen von der Politik berührten Verfassungsfragen gebrochen worden sei. Damit sei ein schwerer Vorwurf gegen die Reichsgewalt ausgesprochen, die durch ihre Maßnahmen in Preußen immer wieder neue Tatsachen geschaffen habe, die kein Staatsgerichtshof verdauen könne, sofern er sich nicht zu Rechtsentscheidungen aufraffen wolle, die die Politik des Reiches als unmöglich bezeichneten.

Graf Apponyi gestorben.

Graf Albert Apponyi, der bekannte ungarische Staatsmann, ist in Genf im Alter von 87 Jahren gestorben.

Graf Apponyi wirkte während der Kriegsjahre in der Roten-Kreuz-Mission, besonders in der Kriegsgefangenenfürsorge. Nach Beendigung des Krieges wurde Apponyi Vorsitzender der ungarischen Friedensabordnung; er bezeichnete die Friedensbedingungen der Entente für unannehmbar und trat, als er die Erfolglosigkeit seines Widerspruchs erkannte, noch vor Unterzeichnung des Trianoner



Vertrages von seinem Amte zurück. 1924 wurde er Ungarns erster Vertreter beim Völkerbund, wo er mit seinen glänzenden Reden die Öffentlichkeit der ganzen Welt für Ungarns furchtbare Lage und für die Revision des Trianoner Vertrages zu interessieren vermochte. Er gehörte zu den ungarischen Staatsmännern, die in dem deutsch-österreichischen Zusammenschluß eine Zwangsläufigkeit erblickten, die durchaus keine Gefahr für Ungarn bedeute.

Die Nachricht vom Ableben des Grafen Albert Apponyi hat in allen Kreisen große Bestürzung hervorgerufen. Graf Apponyi genoß überall den Ruf eines der bedeutendsten und angesehensten Staatsmänner Europas, der insbesondere in den letzten Jahren im Völkerbund immer wieder mit Mut, Entschiedenheit und Klugheit für den Gedanken der Abänderung der untragbaren Friedensverträge eingetreten war.

Was „Graf Zeppelin" im Jahre 1933 vorhat.

In sechs Tagen von Deutschland nach Buenos Aires. — Fahrpreise um zwanzig Prozent ermäßigt.

Der Luftschiffbau Zeppelin und die Hamburg-Amerika-Linie geben folgende näheren Einzelheiten über die in diesem Jahre mit dem Luftschiff „Graf Zeppelin" geplanten Fahrten bekannt:

Die planmäßigen Südamerikafahrten werden am Sonnabend, den 6. Mai, ab Friedrichshafen wieder aufgenommen. Zunächst wird jeweils am ersten Sonnabend eines jeden Monats eine Abfahrt von Friedrichshafen stattfinden. Ab 2. September 1933 wird, entsprechend der fortschreitenden Fertigstellung der Luftschiffhäfen in Brasilien und Spanien, ein vierzehntägiger Turnus wie im vergangenen Jahre eingerichtet und bis zur Abfahrt am 28. Oktober aufrechterhalten. Der Fahrplan für etwaige Winterfahrten wird erst später veröffentlicht werden.

Im Gegensatz zum vergangenen Jahre werden alle Fahrten ausnahmslos bis Rio de Janeiro durchgeführt, so daß für die Passagiere das bisher notwendige Umsteigen in das Flugzeug in Pernambuco wegfällt.

Die spanischen und portugiesischen Passagiere werden es begrüßen, daß erstmalig in diesem Jahre regelmäßige Zwischenlandungen in Barcelona bzw. Sevilla vorgesehen sind, die ihnen den Umweg über Friedrichshafen und damit mindestens zwei Reisetage ersparen.

Die Gesamtfahrzeit von Friedrichshafen über Pernambuco bis Rio de Janeiro beträgt vier Tage. Bis Buenos Aires kann man bei Benutzung des unmittelbaren Flugzeug-Anschlußdienstes ab Rio de Janeiro in 5½ Tagen gelangen. Die Reisedauer von nahezu allen europäischen Hauptstädten bis Buenos Aires beträgt demnach nur sechs Tage.

Sobald die Luftschiffhäfen in Rio de Janeiro sowie in Spanien endgültig fertiggestellt sind, wird ein weiterer Ausbau des Südamerikadienstes des „Graf Zeppelin", vor allem eine weitere Verkürzung der Fahrzeit möglich sein.

Die Fahrpreise sind gegenüber dem Vorjahr um weitere 20 Prozent reduziert worden. Die Fahrt von Friedrichshafen bis Rio de Janeiro kostet jetzt nur noch 1980 Mark einschließlich voller Verpflegung. Für die Teilstrecke von Friedrichshafen nach Barcelona werden 260 Mark berechnet. Im Fahrpreis sind neuerdings 120 Kilogramm Freigepäck eingeschlossen. Davon können 20 Kilogramm im Luftschiff mitgenommen werden, während die übrigen 100 Kilogramm kostenlos mit einem deutschen Seeschiff befördert werden.

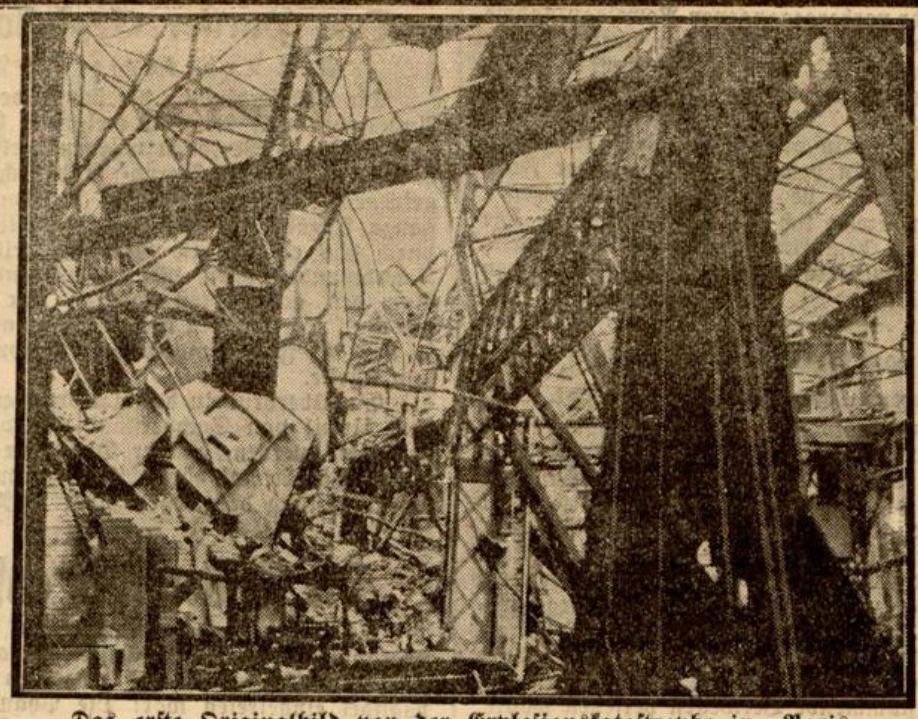
Außer den Südamerikafahrten wird das Luftschiff „Graf Zeppelin" in diesem Jahre wieder eine Reihe der beliebten Schweizfahrten ausführen, die es weiteren Kreisen ermöglichen sollen, für verhältnismäßig wenig Geld die eigenartigen Reize einer Zeppelinfahrt selbst zu erleben. Dagegen können angesichts der starken Inanspruchnahme des Zeppelins im Südamerikadienst Fahrten mit irgendwelchen Zwischenlandungen außerhalb Friedrichhafens nicht mehr ausgeführt werden.

Rekordreichstag in Sicht.

630 Abgeordnete?

Der bevorstehenden Reichstagswahl kommt im Hinblick auf die Ereignisse der letzten Tage eine Bedeutung zu, wie sie noch keine der bisherigen Wahlen [illegible] Reichstag gehabt haben dürfte. Soll doch das deutsche Volk am 5. März über die Zusammensetzung seiner obersten parlamentarischen Vertretung für genau denselben Zeitraum eine Entscheidung treffen, den sich die neue Reichsregierung zur Durchführung ihrer Pläne gesetzt hat. Man rechnet in parlamentarischen Kreisen mit einer noch nicht dagewesenen Wahlbeteiligung, die über 85 Prozent liegen dürfte. Berücksichtigt man dabei, daß nach amtlichen Feststellungen am Wahltage etwa 44,9 Millionen Deutsche im Besitz des aktiven Wahlrechts sein werden, so ergäbe sich daraus ein Reichstag von über 630 Abgeordneten. Das würde der größte Reichstag sein, den es je gegeben hat; selbst der Reichstag vom 31. Juli v. J. mit seinen 608 Abgeordneten bliebe dann noch erheblich hinter diesem Mammut-Reichstag zurück.

Die Reichstagsverwaltung, der schon die Unterbringung von 608 Abgeordneten Kopfzerbrechen bereitet hat, erwägt diese Möglichkeit begreiflicherweise mit einigem Entsetzen. Es ist nun ohne größere bauliche Umwälzungen Platz für weitere zwanzig bis fünfundzwanzig Abgeordnete im Saal beim besten Willen nicht zu schaffen. Es spukt daher schon wieder der alte Gedanke herum, vom Sitzungssaal zu der Mitteltribüne hinauf eine Treppe anzulegen und auf dieser Tribüne, die man dann dem Publikum vorenthalten müßte, eine mittelgroße, geschlossene Fraktion unterzubringen. Indessen stehen der Verwirklichung dieses etwas seltsamen Planes so mannigfache Bedenken entgegen, daß man wohl andere Wege wird gehen müssen. Eine Patentlösung wären — Stehplätze für die Überzähligen. Man ist nämlich im Laufe der Jahre dahintergekommen, daß nicht immer alle Abgeordneten da sind, von der einmaligen Eröffnungssitzung abgesehen, und spekuliert, vielleicht nicht ohne Erfolg, darauf, daß sich unter so vielen Männern doch wenigstens zwei Dutzend finden werden, die „entgegenkommenderweise" auf einen eigenen Platz verzichten.



Das erste Originalbild von der Explosionskatastrophe in Paris.

In der Automobilfabrik Renault in Paris ereignete sich ein schweres Explosionsunglück, das nach den bisherigen Ermittlungen acht Todesopfer und zahlreiche Verletzte gefordert hat. Unser Bild gibt einen Blick in die vollkommen zerstörte elektrische Zentrale, wo sich die Explosion ereignete.

Das Bedeutungsvolle der Krisis.

Prof. Sombart über die Weltkrise und ihre Überwindung.

Im Rahmen einer Vortragsreihe sprach der bekannte Nationalökonom der Berliner Universität Prof. Dr. Werner Sombart zur Weltkrise. Sombart erläuterte zunächst an Hand von Zahlen die Weltkrise als einen ungeheuren Schrumpfungsprozeß der gesamten Wirtschaft der Erde. Die meisten Gründe lägen im Krieg und den darauffolgenden Friedensverträgen. Das Weltwirtschaftsgefüge und zugleich das innere Volkswirtschaftsgefüge sei durch sie zerrissen worden. Es sei eine Absatzkrise im Gegensatz zu früheren Produktionskrisen entstanden. Diese Absatzkrise beruhe auf der Entwicklung der Industrie zahlreicher Länder während und nach dem Kriege und der damit verbundenen geringeren Ausfuhrmöglichkeit anderer Länder, auf neuen Grenzziehungen und Staatenbildungen, Zollmaßnahmen vieler Staaten zur Förderung der eigenen Wirtschaft, der ungeheuren Verschuldung der Länder, der Immobilisierung ungeheurer Kapitalmengen in den Gläubigerländern, vor allem Frankreich und Amerika, und anderen Gründen. Zu den politischen kämen technisch-ökonomische Gründe, wie Steigerung der Rohstofferzeugung durch technische Vervollkommnung, die Erschließung neuer Anbauflächen, z. B. für Weizen in Kanada, dann Rationalisierung der Betriebe zur Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit, aber in einer Periode, in der sich der Absatz verringerte. Je nach dem Standpunkt des einzelnen gebe es unzählige Möglichkeiten zur Veränderung dieses Zustandes. Aufgabe der Wissenschaft könne es nur sein, hier ordnend einzugreifen.

Da die Rückkehr zu einer freien Verkehrswirtschaft auf kapitalistischer Grundlage nach der ganzen Entwicklung nicht möglich sei, blieben zwei Haupttypen dieser Wege zu unterscheiden, die sich nicht nach technischen Mitteln, sondern lediglich nach dem Geiste unterscheiden, aus dem sie geboren werden: Einmal der konservative oder ökonomische Typus, beherrscht von dem zivilisatorischen Geist der letzten Menschenalter, in dem individualistisch-materialistische Interessen den Ausschlag geben; ferner den reformerischen oder politischen Typus, der die Neugestaltung der Wirtschaft und der ganzen Kultur aus einem neuen antizivilisatorischen und antiindividualistischen Geist erstrebt. Sinn des Lebens sei Dienst an der Idee des Vaterlandes oder Gottes. Die materiellen Dinge würden als nebensächlich betrachtet, und an Stelle des Primats der Wirtschaft soll im Ergebnis der Primat der Politik oder der religiösen Kräfte treten. Die Produktion solle sinnvoll erfolgen. Ein Mittel sehe man in der Planung. Diese beiden Richtungen lägen überall im Kampf. Die Regierungskrisen vieler Länder beruhten darauf. Welche Richtung siegen werde, wisse man nicht. Sich für die eine oder andere einzusetzen, sei Sache der einzelnen Persönlichkeit. Wir erinnerten uns an den eigentlichen ursprünglichen Sinn des Wortes Krisis, nämlich den Punkt, an dem die Entscheidung zum Guten oder zum Bösen ausfallen könne. Und das sei eben das Große und für uns alle, vor allem auch für die Jugend, so Bedeutungsvolle an dieser Krisis, daß es nicht darauf ankomme, daß sie beseitigt werde, sondern wie sie beseitigt werde, daß die Entscheidung nicht in dem Sinne falle, den wir für falsch hielten.

Westfälischer Pfarrertag.

Stapel über „Kirche und Volk."

—ek **Dortmund**, den 6. Febr. 33.

Innerhalb der stark besuchten Jahresversammlung des Westfälischen Pfarrervereins sprach Dr. Wilhelm Stapel, der bekannte Herausgeber des „Deutschen Volkstums", über „Kirche und Volk" in streng theologischer Gedankenführung. Sie ist, wie die Aeußerung des Referenten, das die Frage nach dem Wesen der Kirche für den modernen Laien wieder höchst interessant und aktuell sei, für die geistige Gesamtlage überaus charakteristisch. Stapel kam über die Erörterung des Wesens der Kirche anhand der biblischen und der Bekenntnisschriften zur Frage nach dem Recht der Kirche zu autoritärer Führung, die nicht in institutionellen Formen, sondern nur in der Objektivität des Bekenntnisses begründet werden könne. Das Bekenntnis ergebe sich aus der Kampfsituation, in der die Kirche sich befindet. Es stelle bestimmte Grundwahrheiten außerhalb der Diskussion und schaffe dadurch Grundgesetze, ohne die die Kirche nicht mehr Kirche sei. Das Bekenntnis sei also eine Kampfhandlung, durch die die Kirche sich gegen das absetzt, was nicht mehr Kirche ist. Es wird darum aktuell, wo die Kirche als Kirche in Not und Gefahr gerät. Zur Zeit drohe der Kirche von zwei Seiten Gefahr, erstens durch den Einbruch der Politik und zweitens durch den Einbruch der Technik in die Kirche. In der Berührung mit Politik und Technik müsse die Kirche bekenntnismäßig Stellung nehmen. Das Kriterium dafür, ob die Kirche mehr als Resolutionen zur Zeitlage faßt' ob sie Bekenntnis bildet, könne nur allein in der Vollmacht gefunden werden, kraft deren das vom Evangelium her gesprochene Wort der Kirche im Volke Zustimmung findet. Die kirchliche Verkündigung müsse sich darum an das Volksganze wenden, nicht nur an die Einzelnen, und müsse dort durch Evangelisation Entscheidung fordern. Es sei ihr Auftrag, den einmal in der Geschichte endgültig vollzogenen Akt der Missionierung Deutschlands immer neu zu wiederholen. In dieser Beziehung verlange das Volk von der Kirche autoritäre Führung. Es werde von ihrer Arbeit erwartet, daß unser Volk die Reformation Martin Luthers, die der eigentliche Welt- und Heilsgeschichtliche Beruf Deutschlands sei, zu ihrem wirklichen Ende bringe.

In einem Vortrage über die kirchenpolitische Lage zeichnete der Präses der Provinzialsynode D. Koch die augenblickliche Situation der evgl. Kirche. Diese habe gegenüber den verschiedenen Zeitströmungen die ernste Aufgabe, sich von jeder Vermischung mit wesensfremden Tendenzen freizuhalten. Sobald von irgendwoher menschliche und zeitgeschichtliche Elemente in die kirchliche Verkündigung eindrängen, drohe die Gefahr eines unchristlichen Synkratismus. Die Kirche erhalte demgegenüber ihre Aufgabe allein von Gott. In dieser Haltung sei sie heute stärker als während vieler Jahrzehnte das Ziel der Sehnsucht Vieler, während sie andererseits gleichzeitig von völkischem und bolschewistischem Heldentum stark umkämpft sei und sich einer taktisch überaus geschickten katholischen Aktion gegenübersehe. Aeußerlich gesehen stehe die evgl. Kirche in einer überaus schwierigen Lage. Der andauernde Schwund der Steuerkraft habe auch einen katastrophalen Rückgang der kirchlichen Mittel mit sich gebracht, der durch den Rückgang der Einnahmen aus Grundstücken und Pächten noch schwerer fühlbar werde. Obwohl es durch sorgfältigste kirchliche Verwaltung bisher gelungen sei, die Kirche vor Schulden zu bewahren, stelle die jetzige Lage doch vor überaus große Schwierigkeiten. Um sie zu überwinden, dürfe die Hilfe aller in Anspruch genommen werden, die das Verdienst der Kirche um das Volk in den unübersehbaren Gebieten ihrer Arbeit zu würdigen in der Lage seien. Es müsse jedenfalls gelingen dem Notstand der verwaisten und aus Mangel an Mittel nicht wieder zu besetzenden Pfarrstellen ein Ende zu machen.

Die durch den Jahresbericht des Schriftführers und Behandlung der Verbandsangelegenheiten weiter reich besetzte Tagung stand unter Leitung des westfäl. Pfarrer-Vereinsvorsitzenden Superintendenten Niederstein, Bochum.

Wegen einer Ohrfeige ins Zuchthaus.

Ein leichtfertiger Meineid.

Das Göttinger Schwurgericht hatte sich mit einer Anklage wegen Meineides gegen die Frau T. aus Clausthal-Zellerfeld zu beschäftigen. In dem Hause, wo sie wohnt, sind Zänkereien an der Tagesordnung, die auf politische Gegensätzlichkeiten zurückzuführen sind. Als eines Tages die Geister wieder aufeinanderplatzten, hatte der im Hause wohnende Schmiedelehrling Borrmann der Frau des Kaufmanns Schwarz eine Ohrfeige gegeben, wegen

militärischen Operationen in der Provinz Dschehol keinen Einfluß haben. Auch der Ministerpräsident von Mandschukuo erklärte, die Beschlüsse des Genfer Neunzehner-Ausschusses gegen Mandschukuo würden keinen praktischen Wert erlangen, da die Selbständigkeit Mandschukuos durch das mandschurisch-japanische Protokoll zweifelsfrei gesichert sei. Die militärische Aktion in der Provinz Dschehol werde von den Genfer Beschlüssen nicht berührt.

Die Zusammenstöße.

Todesopfer bei Feuerüberfällen.

In Berlin kam es an drei Stellen zu Zusammenstößen, wobei drei Personen schwer verletzt wurden. Ein 17jähriger Angehöriger der NSDAP. wurde von Kommunisten angeschossen und mit einem Hüftsteckschuß weggebracht. Die Täter flüchteten. Bei den anderen Verletzten dürfte es sich, wie die Polizei vermutet, um Kommunisten handeln. Einem der Zusammenstöße sollen, nach den polizeilichen Feststellungen, keine politischen Beweggründe zugrundeliegen. Verhaftet wurden mehrere Nationalsozialisten.

In Hamburg

wurde ein Lehrling auf der Toilette eines nationalsozialistischen Verkehrslokals durch das Fenster angeschossen. Er verstarb im Krankenhaus. In Harburg-Wilhelmsburg kam es, wie die Polizei mitteilt, zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zu einem Zusammenstoß. Es fielen mehrere Schüsse, durch die ein Kommunist tödlich verletzt wurde; ein anderer Kommunist erhielt einen Beinschuß. Die Täter flüchteten, konnten dann aber festgenommen werden.

In Köln

ist einer der beiden Männer, die in der Nacht zum Montag bei einer Schießerei schwer verletzt wurden, im Hospital gestorben. In Bonn wurde, einem Bericht der Polizei zufolge, auf einen Trupp SA.-Leute geschossen. Zwei SA.-Leute wurden verwundet. Drei Angehörige der KPD., die wahrscheinlich für die Tat in Frage kommen, wurden festgenommen.

In Leisnig in Sachsen

entwickelten sich nach einer Versammlung und einem Umzug der Eisernen Front Schlägereien mit Nationalsozialisten, die an einer Stelle zu einer Schießerei führten. Dabei wurden sieben Personen verletzt. Ein Reichsbannermann erhielt einen Bauchschuß. Von nationalsozialistischer Seite wird angegeben, daß die Sozialdemokraten und Kommunisten einen Überfall auf das Gebäude der Standarte 139 versucht hätten.

Sprengstoffanschlag in Hindenburg.

In Hindenburg brachten zur Nachtzeit Unbekannte im Hofe eines Grundstücks einen Sprengkörper zur Entzündung. Durch den Luftdruck wurde eine Anzahl Fensterscheiben eingedrückt. Personen wurden nicht verletzt. Die Frage, ob es sich um einen Anschlag aus politischen Beweggründen handelt, ist noch nicht geklärt.

Zusammenstöße in Bayern.

In Rosenheim bei München kam es zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Ein SS.-Führer erhielt von einem Kommunisten einen Stich in den Kopf. In Bayreuth kam es nach einem vom Reichsbanner veranstalteten Fackelzug an mehreren Stellen zu Tätlichkeiten. Hierbei wurden sechs Reichsbannerleute und drei SA.-Leute blutig geschlagen.

Feierliche Beisetzung des Polizeibeamten Zauritz.

SA. und Stahlhelm im Trauerzuge.

Die Beerdigung des am 30. Januar in Berlin-Charlottenburg erschossenen Polizeioberwachtmeisters Zauritz fand auf dem katholischen Friedhof von Ottmachau (Reg.-Bez. Oppeln) unter sehr starker Beteiligung der Bevölkerung statt.

Die Leiche war in dem Hause der Eltern des Erschossenen in Ritterwitz bei Ottmachau aufgebahrt worden. Vor dem Hause waren SA. und Stahlhelm mit trauerumflorten Fahnen aufmarschiert. Unter Trommelwirbeln wurde der Sarg von Schutzpolizeibeamten herausgetragen. Sodann formierte sich der Trauerzug mit etwa

30 nationalsozialistischen und Stahlhelmfahnen

an der Spitze. Ihnen folgten die SS.-Kapelle, Abordnungen der Polizei und der Landjägerei. Unter den Trauernden beschloß der Stahlhelm den Zug, der nach dem Ottmachauer Friedhof ging. Auf dem Kraftwagen lagen u. a. Kranzspenden des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und des Reichskommissars für Preußen. Bei der Annäherung an die Stadt setzte das Trauergeläut von den Kirchen der Stadt ein.

Auf dem Friedhof sprach nach dem Geistlichen der Kommandeur der Schutzpolizeiabteilung, der der Erschossene angehört hatte, ferner SA.-Führer Heines, Untergauleiter Adamczyk sowie je ein SA.-Mann der Berliner Stürme 33 und 16. Bei gesenkten Fahnen und dreifachem Ehrensalut der Schutzpolizei wurde der Sarg in die Tiefe gelassen. Mit dem Gesang des Liedes vom Guten Kameraden schloß die Beisetzungsfeierlichkeit.

Lokales und Provinzielles.

Kierspe, den 8. Februar 1933.

Der Schule entwachsen.

Zu den vielen Sorgen, die wir schon haben, kommt jetzt für viele Familien eine neue hinzu: in wenigen Wochen ist Schulschluß, ein Schulschluß, der für eine ganze große Anzahl von Kindern einen Lebensabschnitt bedeutet und für die Angehörigen dieser Kinder, für Eltern und verantwortungsbewußte Vormünder, zu einer bangen Frage wird, zu der Frage: „Was wird nun aus dem Jungen? — Was lassen wir das Mädchen werden?“ Die Schulzeit der Kinder war für die Eltern schon sorgenvoll genug, aber man wußte die Kinder wenigstens sicher und gut untergebracht, konnte sie im Auge behalten, konnte sich auf die Aufsicht der Schule verlassen und brauchte sich um die Zukunft des Schulkindes noch nicht so bald zu kümmern, da sie noch in weiter Ferne lag; denn unter „Zukunft“ verstand und versteht man in solchen Fällen immer die künftige Lebenshaltung, den künftigen Beruf, das Selbständigwerden der Kinder.

Daß man nun unter den heutigen Verhältnissen, in dieser Zeit der Unsicherheit so vieler Berufe nicht besonders erfreut sein kann, wenn die Frage der Berufsergreifung des Kindes zwar nicht ganz plötzlich, aber doch immer noch zu früh aufgeworfen und erwogen werden muß, kann man sich denken, selbst wenn man nicht zu denen gehört, welche von solchen Sorgen geplagt werden. Das Schulkind von gestern ist auf einmal „erwachsen“ oder fühlt sich wenigstens so und fühlt sich mindestens der Schule entwachsen. „Nur hinaus ins Leben!“ denkt und sagt sich die Mehrheit der „Schulentlassenen“, denn alles, was außerhalb der Schule liegt, gilt plötzlich als „das Leben“ schlechthin, als wenn nicht auch die Schule zum Leben gehörte. Pläne für künftig werden geschmiedet, Lieblingsberufe, in die man hinein möchte, werden ausgesucht, und für die Schwankenden, die noch nicht mit sich schlüssig geworden sind über das, was sie nun sein möchten, gibt es Berufsberater, die es gut meinen und nach bestem Wissen und Gewissen Ratschläge erteilen.

Leider ist aber mit alldem nicht allzuviel getan, denn draußen „im Leben“ ist vieles, wenn nicht gar alles ganz anders, als man sich das im stillen Kämmerlein zu Hause ausgesonnen hatte. Der Beruf, den man ergreifen möchte, ist überfüllt, man muß sich Zurückweisungen gefallen lassen, die Lehrlingsstelle, auf die man gerechnet hatte, bekommt man nicht, und was in früheren Zeiten beinahe eine Selbstverständlichkeit war, daß man wenigstens als Lernender untergebracht werden konnte, erweist sich heutzutage vielfach als eine Unmöglichkeit oder erst nach Überwindung zahlreicher Hindernisse erreichbar. So ist es im Handwerk, so ist es im Kaufmannsberuf, so ist es in der Beamtenlaufbahn. Und das alles gilt nicht nur für die Schüler und Schülerinnen, die aus den Volksschulen ins Leben treten, sondern auch und in beinahe noch höherem Maße für die jungen Menschenkinder, die nach vielen Schuljahren und vielen Prüfungen die höheren Schulen verlassen. Wer es durchhalten kann, widmet sich mit einem: „Und dennoch!“ dem Berufe, den er sich vorgenommen hatte, und wartet auf die künftigen besseren Zeiten, die sicher einmal kommen werden. Aber die vielen, vielen anderen? Sie müssen vielleicht die Zeit versitzen, sich vielleicht weiter zu Hause, wo ohnehin alles schon auf das knappste eingestellt, herumdrücken und wissen weder aus noch ein. Und dennoch! Und dennoch sollten auch sie den Mut nicht sinken lassen, wenn sie jetzt aus der Schule kommen und nicht alles gleich so vorfinden, wie sie es sich erträumt hatten. Und dennoch sollten auch die Angehörigen dieser flügge werdenden Menschenkinder sich nicht ganz in Sorgen einspinnen und sich und den Kindern das Leben nicht noch schwerer machen, als es ohnehin ist. „Es wird schon irgendwie werden!“ ist nur ein schwacher Trost, aber immerhin ein Trost und eine Hoffnung, und die Hoffnung sollte man auch in trübsten Zeiten nicht aufgeben!

—* **Vorstandssitzung des Preußischen Landgemeindetages West.** Der Gesamtvorstand des preußischen Landgemeindetages West tritt am 10. d. M. in Münster i. W. zusammen. Im Mittelpunkt der Tagesordnung steht die Behandlung der wichtigsten Fragen, in denen die jetzige außerordentliche Finanznot der Landgemeinden zum Ausdruck kommt. In erster Linie handelt es sich hierbei um das Problem der Erleichterung der gemeindlichen Wohlfahrtslasten, den Finanzausgleich 1933 sowie um die wichtige Frage der Umschuldung.

—* Die Handwerkskammer zu Arnsberg teilt uns mit: Die Anmeldung zu den **Frühjahrsgesellenprüfungen** hat von denjenigen Lehrlingen, deren Meister keiner Zwangsinnung angehören, bei der Handwerkskammer zu Arnsberg zu erfolgen und zwar bis zum 1. März. Einzureichen sind: Gesuch um Zulassung zur Prüfung, Lebenslauf, Lehrzeugnis, Lehrvertrag, Schul- und Fortbildungsschulzeugnis. Die Prüfungsgebühr beträgt für Handwerkslehrlinge 7,50 RM für Fabriklehrlinge 15 RM und ist auf Postscheckkonto Dortmund 18886 der Handwerkskammer einzuzahlen.

—* **Kreiswahlleiter.** Für die am 5. März stattfindende Reichstagswahl ist für den 18. Wahlkreis — Westfalen-Süd — Oberbürgermeister Dr. Eichhoff-Dortmund zum Kreiswahlleiter und Oberbürgermeister Dr. Raabe-Hagen zu seinem Stellvertreter ernannt worden.

Halver

Furchtbare Tat.

Die Polizeiverwaltung teilt uns mit:

—0 Heute morgen gegen 6½ Uhr ereignete sich in Engstfeld bei Halver eine schwere Bluttat. Der Verwalter Adolf Kr. erschoß den Kuhmelker Barrabas und verletzte dessen Ehefrau durch einen Bauchschuß und einen Schlag auf den Schädel. Barrabas starb kurz darauf, während seine Frau in das Krankenhaus in Wipperfürth überführt wurde. Ihr Zustand ist Besorgnis erregend.

Die Polizei ist mit der Klärung des Tatbestandes beschäftigt. Ueber den Beweggrund der Tat kann noch kein endgültiger Aufschluß gegeben werden.

—0 **Polizeiliches.** Gefunden: Eine Baskenmütze. Eigentumsansprüche sind im Amtshause, Zimmer Nr. 9 geltend zu machen.

—;) Das hiesige Ev. Pfarramt teilt mit, daß im **freiwilligen Arbeitsdienstlager Hagen-Lorbaum** noch einige Maurer und Anstreicher eingestellt werden können. Sofortige Meldung mit Name, Vorname, Geburtstag, Anschrift, Beruf, Unterstützungsart, evtl. frühere Tätigkeit im freiwilligen Arbeitsdienst an: Ev. Jugendpfarramt Hagen „Wichernhaus“, Rheinstr. 1.

—)(Rentner Carl Halverscheid zu Halverscheid (Gemeinde Halver) vollendet sein 82. Lebensjahr am Montag, dem 13. Februar. Wir entbieten dem Hochbetagten unsere herzlichsten Glückwünsche!

—): **Bommert.** Der **Bommerter Wehrverein** hielt seine diesjährige Hauptversammlung unter Leitung seines Vorsitzenden C. Hedfeld ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der im verflossenen Jahre verstorbenen Kameraden Karl Giersieper und H. Hatt in ehrender Weise gedacht. Im Jahresbericht hob der Vorsitzende hervor, daß die Kameraden Otto Herrmann und Alb. Schulte auf eine 25jährige Zugehörigkeit zum Verein zurückblicken können und dankte beiden für die dem Verein bewiesene Treue. Die Kassenprüfung durch die Kameraden A. Schulte und K. Gesenberg ergab eine einwandfreie Kassenführung. Dem Kassierer Otto Pulvermacher wurde unter Dank Entlastung erteilt. Nachdem der Verein mit Rücksicht auf die schlechte wirtschaftliche Lage seit 2 Jahren von öffentlichen Veranstaltungen abgesehen hat, wurde beschlossen, in diesem Jahre, und zwar am 16. Juli, wieder ein Stiftungsfest zu feiern. Nach Erledigung verschiedener kleinerer Punkte und interner Vereinsangelegenheiten nahm der Vorsitzende das Wort zu einer kurzen Schlußansprache. Er gedachte darin des nunmehr 62 Jahre zurückliegenden Reichsgründungstages, des deutschen Heldenkampfes 1914-18. Weiter wies er auf die vor 10 Jahren erfolgte schmachvolle Besetzung der Ruhr durch Frankreich hin, und ermahnte zum festen Zusammenstehen. Seine Worte klangen in ein begeistert aufgenommenes Hoch auf das Vaterland aus. Mit dem Deutschlandliede wurde die Versammlung geschlossen.

Scholksmühle

—x Die **NSDAP., Ortsgruppe Schalksmühle** hatte am Montagabend im Kriegeskorteschen Saale zu einer großen, öffentlichen Kundgebung eingeladen. Der Einladung war so zahlreich Folge geleistet, so daß der geräumige Saal überfüllt war. Der Ortsgruppenvorsitzende Hugo Mesenhöller begrüßte alle Erschienenen und besonders den Redner des Abends, Gauleiter Wagner aus Bochum, dem er sogleich das Wort erteilte. Dieser referierte über das Thema: „Die Lebensfrage der Nation und der Nationalsozialismus“. Mit dem alten Regime scharf abrechnend gab er seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Führer des jungen Deutschlands Adolf Hitler von dem greisen Herrn Reichspräsidenten zum Reichskanzler berufen worden sei. Redner ging in seinen Ausführungen auch auf die kommenden Wahlen ein und erntete mit seinem eineinhalbstündigen Vortrag ungeteilten reichen Beifall aller Zuhörer.

—x **Gestohlen** wurde ein fast neues Fahrrad am Montagabend am Reichsbahnhof einem Boten eines hiesigen elektrotechnischen Werkes, in dem Augenblick als er Gepäckgut auflieferte. Es handelt sich um ein stabiles, erst vor wenigen Wochen extra für Botenfahrten angeschafftes Fahrrad. Von dem oder den Tätern fehlt jede Spur.

—x 83 Jahre alt wird am Freitag, 10. Febr., der Rentner Ludwig Holthaus. Bei verhältnismäßig gesundheitlicher und körperlicher Frische verlebt er seinen Lebensabend im Haushalt seiner Tochter, bezw. seinem Schwiegersohn, dem Schreinermeister Th. Weinberger, Bahnhofstr. 29.

Breckerfeld

—== Der **Turn- und Spielverein Branten** hielt unter dem Vorsitzenden, Lehrer J. Kühnholz seine diesjährige Jahreshauptversammlung ab. Die im vergangenen Jahre erzielten Erfolge des erst vor drei Jahren gegründeten Vereins können als befriedigend bezeichnet werden. Der Kassierer Walter Neuhaus gab den Kassenbericht. Der gesamte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt: Vorsitzender Lehrer J. Kühnholz, Kassierer Walter Neuhaus, Schriftführer Herm. Rutenbeck. Der Spielausschuß wurde neugewählt. Das Reichssportabzeichen konnten im vergangenen Jahre Heinrich und Werner Poth erreichen.

—== **Rektoratschule Breckerfeld.** Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß Anmeldungen der neu eintretenden Schüler und Schülerinnen bis Freitag, den 10. Februar, von Rektor Hörich entgegengenommen werden.

Brügge

—! Die **SGV.-Abteilung Brügge** hielt ihre Jahreshauptversammlung ab. Sie wurde von dem 1. Vorsitzenden Herrn E. Klingelnberg eröffnet. Der 1. Vorsitzende erstattete zunächst den Jahresbericht. Herr W. Heuckelbach als 1. Kassierer gab sodann den Kassenbericht. Die Kassenverhältnisse sind der Zeit entsprechend ziemlich günstig. Die Kassenprüferin Frl. Reininghaus berichtete über die Prüfung der Kasse. Sie wurde in bester Ordnung befunden, sodaß dem Kassierer Entlastung erteilt werden konnte. In der nun folgenden Vorstandswahl wurden Herr Dr. With als 2. Vorsitzender und Herr G. Willuweit als Beisitzer neu gewählt. Im übrigen erfolgte Wiederwahl der Vorstandsmitglieder. Erstmalig in diesem Jahre wurden 2 Mitglieder, und zwar der 1. Vors. Klingelnberg und der 1. Schriftführer R. Borlinghaus, die an allen Wanderungen teilgenommen hatten, durch Ueberreichung eines Wanderstockes ausgezeichnet. Wer zwei Jahre alle Wanderungen mitmacht, soll zu dem Stock als Prämie ein Stockzeichen mit dem Bilde des SGV.-Ehrenmals erhalten. Um erwerbslosen Mitgliedern die Teilnahme an den Wanderungen zu ermöglichen, sollen ihnen aus der Vergnügungskasse die Mittel für eine evtl. Bahnfahrt zur Verfügung gestellt werden. Um Besuchern unserer Heimat die Orientierung zu erleichtern, ist beabsichtigt, gegenüber dem Bahnhofsgebäude in Brügge eine Relieftafel aufzustellen; dazu sollen ein örtlicher Führer von Brügge und Umgegend herausgebracht und Wanderwege gezeichnet werden. Zu den vorhandenen 5 Bänken sollen 2 weitere Bänke beschafft und aufgestellt werden und zwar in der Nähe von Felde und Oedental. Es wurde ferner beschlossen, an der Wegegabelung Othlinghausen—Eicken und Othlinghausen — Brügge einen Wegweiser aufzustellen. Mit dem kürzlich neu gegründeten Verkehrsverein will man nach Möglichkeit Hand in Hand arbeiten zum Wohle der engeren Heimat, da ja beide ähnliche Ziele verfolgen: Pflege und Förderung der Heimatliebe und Hebung des Fremdenverkehrs. Mit kräftigem „Frisch auf“ schloß der 1. Vorsitzende kurz vor Mitternacht die arbeitsreiche Sitzung.

*

Meinerzhagen. Der Brand am Montag im Hause des Herrn Wilh. Haase, Derschlagerstraße, konnte durch die Freiw. Feuerwehr Meinerzhagen gelöscht werden, ehe das Feuer auf das obere Stockwerk übergriff. Das Dachgeschoß ist abgebrannt. Ueber die Entstehungsursache ist nichts bekannt. Die Bewohner gingen noch ihrer Beschäftigung nach, als die Nachbarn hereinstürmten, um die Möbel zu bergen, da das Dachgeschoß in hellen Flammen stand.

pn. **Hagen.** Wieviel städt. Beamte hat Hagen? Der Personalbestand betrug am 1. Januar 1932 bei der Hagener Stadtverwaltung 391 Beamte und 374 Angestellte. Am 31. Dezember 1932 waren vorhanden 376 Beamte und 318 Angestellte. Demnach waren am Jahresschluß 15 Beamte und 56 Angestellte (einschl. 33 zur Entlassung gekommene Orchestermitglieder) weniger vorhanden. Die Zahl der entlohnten städt. Arbeiter und Arbeiterinnen betrug am 1. 1. 32 389 Arbeiter und 3 Fürsorgearbeiter und am 31. 12. 32 381 Arbeiter und 157 Fürsorgearbeiter, also 392 gegen 538 am Schluß des Jahres.

pn. **Hagen. Kommunistische Zersetzungszentrale für Südwestfalen ausgehoben.** Die Hagener politische Polizei hatte schon lange Verdacht, daß sich hier eine Kommunistenzentrale befindet. Jetzt ist es ihr gelungen, eine von den Kommunisten unterhaltene geheime Vervielfältigungs- und Verbreitungszentrale für illegale Zersetzungsschriften hochverräterischen Inhalts, die schon seit langem eine wohlorganisierte und neuerdings verstärkt betriebene umstürzlerische Propaganda in ganz Südwestfalen entfaltet, ausfindig zu machen und auszuheben. Durch ihren überraschend vorgenommenen Zugriff ist der politischen Polizei außerordentlich wichtiges Schriftenmaterial in einem so großen Umfange in die Hände gefallen,

daß dessen Sichtung noch Tage beanspruchen wird. Die Rädelsführer konnten festgenommen werden. — Ueber die ganze Aktion gibt das Polizeipräsidium Hagen folgende amtliche Pressenotiz heraus: „Am 4. d. M. wurde von Beamten der politischen Abteilung des hiesigen Polizeipräsidiums in einer Wohnung im Fleyer Viertel zahlreiches hochverräterisches Material beschlagnahmt. Durch diesen Eingriff ist eine umfangreiche Zentrale für Herstellung und Verbreitung kommunistischer illegaler Schriften und Drucksachen ausgehoben worden. Das Material gibt unzweifelhaft dafür Beweise, daß die KPD. seit längerer Zeit sich eingehend mit dem Studium des bewaffneten Aufstandes und gewaltsamen Umsturzes beschäftigt hat. Zwei beteiligte Personen sind festgenommen worden, eine dritte ist flüchtig."

Münster. Gleiche Behandlung der Milchpreisfrage für Rheinland und Westfalen gefordert. Der Zweckverband der Molkereien des westlichen Münsterlandes trat unter dem Vorsitz des Gutsbesitzers Weiling-Dülmen zu einer aus den interessierten Kreisen gut besuchten Versammlung zusammen. Im Mittelpunkt des Interesses stand die Anregung, für Westfalen ein für allemal den gleichen Milchpreis zu erhalten, wie er im Rheinland bestehe. Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt, daß ebenso wie im Rheinland auch für Westfalen die Milchpreise franko Industriegebiet festgesetzt werden müssen. Die Molkereien und die Landwirte Westfalens betrachten es als eine Zurücksetzung, daß bisher nur für das Rheinland die Preise franko Industriegebiet festgesetzt worden sind. „Wir Westfalen verlangen in der Milchpreisfrage die gleiche Behandlung wie das Rheinland, wie auch die Festsetzung gleicher Rechte und Pflichten bezüglich der Einhaltung dieser Preise für alle beteiligten Kreise."

Wipperfürth. Sämtliche Schulen in Wipperfürth, Wüstenmünte und Egen sind auf Anordnung des Kreisarztes wegen der zunehmenden Grippeerkrankungen bis einschließlich 12. Februar geschlossen worden.

Wuppertal. Auf eine 18jährige Verkäuferin wurde Samstagabend gegen 18 Uhr vor dem Postamt in Wichlinghausen ein frecher Raubüberfall verübt. Dem jungen Mädchen trat ein Bursche entgegen, der ihm eine Tüte mit Pfeffer ins Gesicht schüttete und der hilflos Dastehenden mit einem harten Gegenstand zahlreiche Schläge über den Kopf versetzte. Dann riß er eine Tasche, die 550 RM enthielt, an sich und konnte unerkannt entkommen.

Kempen. Vom Mühlengetriebe getötet. Beide Beine abgerissen. Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag in einem hiesigen Mühlenbetriebe. Ein junger Angestellter geriet beim Mahlvorgang mit dem Arbeitskittel in die Transmission und wurde herumgeschleudert. Infolge der furchtbaren Verletzungen, beide Beine wurden dem Unglücklichen abgerissen, trat der Tod auf der Stelle ein.

Bergheim (Erft). Brand auf Schloß Paffendorf. Stallungen, Scheune und ein Schloßturm zerstört. In den Stallungen von Schloß Paffendorf brach in der Nacht zum Montag Feuer aus. Die Stallungen wurden größtenteils ein Raub der Flammen. Eine mit Getreide gefüllte Scheune brannte ebenfalls nieder. Das Vieh konnte gerettet werden. Schließlich griff das Feuer auf einen der anschließenden Schloßtürme über, der ebenfalls ein Raub der Flammen wurde. Ueber die Entstehungsursache ist noch nichts Genaues bekannt.

Nah und Fern

○ **Der Reichsfinanzminister verliert seine Brieftasche.** Der Reichsfinanzminister Graf von Schwerin-Krosigk hat, wie der Berliner Polizeibericht meldet, eine rotbraune weiche Lederbrieftasche verloren. Die Tasche enthielt nur Ausweispapiere und kein Bargeld. Unter den Legitimationen befand sich eine Freifahrtkarte 1. Klasse der Reichsbahn und eine rotweiße Reichstagskarte.

○ **Der „Fliegende Hanseate" vor neuen Fahrten.** Der Schnelltriebwagen der Reichsbahn, der vom Volksmunde der „Fliegende Hanseate" genannt wird, wird in nächster Zeit weitere Fahrten auf der sogenannten „Kanonenbahn" Berlin—Belzig ausführen und soll im Monat März seine Eignung für Fahrten in bergigem Gelände im Thüringer Wald auf der Strecke Saalfeld—Probstzella—Bamberg beweisen.

○ **Gerichtliches Verfahren gegen einen Dresdener Theaterdirektor.** Die Berliner Staatsanwaltschaft hat gegen den Direktor Lerch vom Dresdener Zentraltheater ein Verfahren wegen Begünstigung der Flucht des Berliner Theaterdirektors Fritz Rotter eingeleitet. Es hat sich herausgestellt, daß Fritz Rotter, nachdem er in einem Mietauto heimlich nach Dresden gekommen war, von dort mit dem Wagen und in Begleitung des Theaterdirektors Lerch weitergefahren ist, und zwar nach Teplitz zu. Von der Tschechoslowakei ist Lerch mit seinem Wagen allein nach Dresden zurückgefahren, während Fritz Rotter nach Liechtenstein weiterreiste.

⊙ **Die verschluckte Zahnbürste.** Der Frauenmörder Franz Leitgöb, der im November v. J. vom Gericht in Linz wegen siebenfachen Frauenmordes zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden war, hatte eine Zahnbürste verschluckt, um sich das Leben zu nehmen. Er ist jetzt an Bauchfellentzündung gestorben.

⊙ **Eine Felslawine verschüttet Schienen der Gotthardbahn.** Am Vierwaldstätter See bei der Station Brunnen der Gotthardbahn ging eine große Felslawine nieder, die eine weite Strecke der Eisenbahn und der Arenstraße überschüttete. Der Felssturz erfolgte kurz nach der Durchfahrt eines Güterzuges. Der gesamte Eisenbahn- und Straßenverkehr zwischen Brunnen und Flüelen ist bis auf weiteres gesperrt.

⊙ **Für eine Millionen Mark Wertpapiere gestohlen.** Ein sehr begüterter Kaufmann in Philadelphia namens George Bartle entdeckte, daß Diebe seinen Geldschrank aufgebrochen und Wertpapiere, bestehend aus Aktien, Staatspapieren, Pfandbriefen und anderen Effekten, im Nennwerte von 250 000 Dollar — also über eine Million Mark — gestohlen hatten. Ein Verzeichnis der gestohlenen Papiere wurde sofort durch Rundfunk an alle Börsen, Banken und Makler übermittelt.

Oelmutungen im Kreise Nienburg.

Abschluß eines Vertrages.

Die Gemeinde Holte hat dieser Tage einen Mutungsvertrag mit einer Oelbohrgesellschaft unter verhältnismäßig günstigen Bedingungen auf 30 Jahre abgeschlossen. Die Gesellschaft zahlt für die ersten beiden Jahre 25 Pf. je Morgen und der Betrag steigt in den ersten fünf Jahren bis auf 1 RM. Bei Fündigkeit in der Gemeinde oder in den Nachbargemeinden verdoppeln sich sofort die Sätze. Die Gesellschaft ist verpflichtet, innerhalb einer bestimmten Zeit in den hier angeschlossenen Gemeinden eine Bohrung niederzubringen.

Schlußdienst.

Die erste Fahrt der „schwimmenden Insel".

Bremen. Die „Westfalen", die bekanntlich auf der Deschimag zum Flugzeugmutterschiff umgebaut wurde und als Stützpunkt im Atlantik verwendet werden soll hat die Werft zur ersten Probefahrt verlassen, um die ersten Versuche in der Nordsee vorzunehmen. Bei der „Westfalen" handelt es sich um den früheren 5124 Tonnen großen Lloyddampfer, der im Auftrage der Deutschen Lufthansa umgebaut wurde, um als Flugzeugstützpunkt im Ozean verankert zu werden. Einzelheiten über den Umbau usw. sind bisher nicht bekannt. Erst nach Abschluß der ersten Probefahrt wird die Öffentlichkeit unterrichtet werden.

Japanische Manöver an der russisch-mandschurischen Grenze.

Mukden. Nach einer Meldung aus Charbin werden Mitte März oder Anfang April an der sowjetrussischen und mandschurischen Grenze große Übungen der japanischen Armee bei Mandschuria und Pogranitschnaja abgehalten werden. Die militärischen Übungen sollen — wie es heißt — keine politische Bedeutung haben, sondern angeblich ausschließlich der militärischen Schulung der japanischen Armee dienen. Das japanische Außenministerium will durch seinen Botschafter die Sowjetregierung formell von den bevorstehenden Manövern unterrichten.

Hindenburgs Dank an Staatssekretär Zweigert.

Berlin. Der Reichspräsident hat dem aus seinem Amte scheidenden Staatssekretär Zweigert in einem herzlichen Handschreiben seinen besonderen Dank für die während der zehnjährigen Tätigkeit als Staatssekretär im Reichsministerium des Innern in schwieriger Zeit geleistete Arbeit ausgesprochen. Gleichzeitig hat der Reichspräsident ihm sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift übermittelt.

Rücktrittsgesuch des Reichsrundfunkkommissars Bredow.

Berlin. Staatssekretär a. D. Bredow hat aus persönlichen Gründen um Entbindung von seinem Amt als Reichsrundfunkkommissar des Reichspostministeriums gebeten. Eine Entscheidung über das Gesuch ist noch nicht getroffen. Auch über seine Nachfolgerschaft ist noch nichts bestimmt.

Eindrucksvoller Aufmarsch der nationalen Front.

Hamburg. Unter riesiger Anteilnahme der Bevölkerung Groß-Hamburgs veranstalteten die SA., SS., der Stahlhelm und die Hamburger Studentenschaft einen gemeinsamen Fackelzug zu Ehren des Reichspräsidenten und der neuen Reichsregierung. Dieser Huldigungs- und Werbemarsch durch die dicht mit Menschenmassen umsäumten Straßen wurde überall mit großer Begeisterung empfangen.

Hindenburgs Beileid zum Tode Graf Apponyis.

Berlin. Anläßlich des Todes des ungarischen Völkerbundvertreters Graf Apponyi hat der Reichspräsident der Gräfin Apponyi telegraphisch seine aufrichtige Anteilnahme zum Ausdruck gebracht.

Wagner-Gedenkfeier im Leipziger Gewandhaus im Beisein des Reichskanzlers.

Berlin. Am kommenden Sonntag findet im Leipziger Gewandhaus eine Wagner-Gedenkfeier statt, an der Reichskanzler Adolf Hitler, Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk, Reichsinnenminister Frick und Reichsminister Göring teilnehmen werden. Die genannten Mitglieder der Regierung begeben sich dann nach Weimar, wo im dortigen Nationaltheater anläßlich des Wagner-Jahres die Festaufführung „Tristan und Isolde" gegeben wird.

Ministerrat in München.

München. Hier fand eine mehrstündige Sitzung des bayerischen Ministerrats statt, in der die politische Lage besprochen wurde. Amtlich wurde über die Ministerratssitzung nichts verlautbart. Bekanntlich soll in Berlin in den nächsten Tagen eine Konferenz mit den Ministerpräsidenten der deutschen Länder stattfinden.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen unseren innigsten Dank.

Familien Wilh. u. Carl Fleschenberg.

Heil-Institut
H. Steinberg
Halver, Berlinerstr. 35

Behandlung von
Nieren, Blase,
Rheuma, Gicht, Ischias,
Verkalkung.
Herz- und Lungenleiden.
Sprechstunden:
Dienstag, Donnerstag
Samstag von 2-7 Uhr.

Empfehle und halte auf Lager vorrätig:
Langenbrahmer Anthrazit Nuß 2
Langenbrahmer Anthrazit Nuß 3
Langenbrahmer Eiform-Briketts
Fettnuß 2, Eßnuß 2
Schmiedekohlen
Braunkohlen-Briketts
Bestellungen auf Koks nehme entgegen.
C. Zimmermann,
Ohl-Rönsahl
Telefon Nr. 11 Rönsahl

Mittwoch u. Donnerstag
im Hauptgeschäft,
Kronprinzenstraße
Schellfisch
lebendfrisch ohne Kopf
Konsumverein Halver
e. G. m. b. H.

Reißzeuge
Farbkasten
Malbücher
Wilh. Bell jr.,
Halver.

Der große Duden
Rechtschreibung der deutschen Sprache und der Fremdwörter
Von Dr. Theodor Matthias nach den amtlichen Regeln neubearbeitete und erweiterte 10. Auflage
In Ganzleinen gebunden 4,05 RM
Wilh. Bell jr., Halver.

Börsen — Märkte — Handel.

Kölner Börse lebhaft und freundlich.

Köln, 7. Februar.

Die freundliche Stimmung hielt an der Kölner Börse an. Besonders Rentenwerte waren lebhaft gefragt. Pfandbriefe lagen bis zwei Prozent höher. Auch die Aktienwerte konnten sich gut erholen. Farben 105 (plus 1). Von Montanwerten Gelsen stärker gefragt. Am Elektromarkt Felten und Siemens je plus ein Prozent. Gesucht waren Reichsbankanteile zu einem 3½ Prozent erhöhten Kurs. Bei Kaliwerten bestand Interesse für Wintershall und Burbach.

Berliner Effektenkurse vom 7. Februar.

Dt.Abl.-Anl. 1/3	63,90	Harpener Berg	78,75
Nubesitz	8,30	Hösch-Kln.-Neu	52,37
D. Reichsbahn	92,12	Holzmann	49,87
Hamburg Pak.	17,62	Ilse Bergbau	144,00
Nordd. Lloyd	17,87	Kali Aschersleb.	114,87
Berl Handelsg.	97,50	Klöckner-Werke	45,00
Commerzbank	53,50	Mannesmann	59,87
Deutsche Disk.	72,25	Rhein. Braunk.	191,75
Dresd Bank	61,50	Rhein. Stahl	73,00
Reichsbank	143,50	RWE.	88,62
AEG	27,00	Salzdetfurth	171,00
J P Bemberg	41,50	Schuckert Elektro	84,50
Buderus Eisen	48,00	Siem u Halske	128,75
Daimler Benz.	21,50	Gebr Stollwerk	43,25
Dt Erdöl	88,75	Leonhard Tietz	37,37
Dortm Aktienbr	—	Ver Glanzstoff	—
Dortm Unionbr.	—	Ver. Stahlw.	33,75
Eschweil Bergw	—	Ver. Zypen u. W.	—
J. G. Farben	104,50	Nach Münch. F.	850,00
Felten u. Guill.	52,50	Dt. Ostafrika	37,25

Amtliche Devisen vom 7. Februar.

	Geld	Brief		Geld	Brief
London	14,43	14,47	Italien	21,53	21,57
Newyork	4,209	4,217	Kopenh.	64,24	64,36
Rio de Jan.	0,239	0,241	Oslo	73,83	73,97
Amsterdam	169,23	169,57	Paris	16,435	16,475
Brüssel	58,54	58,66	Prag	12,465	12,48
Bukarest	2,488	2,492	Schweiz	81,22	81,38
Budapest	—	—	Spanien	34,50	34,56
Danzig	81,86	82,02	Wien	49,55	49,55

Amtliche Terminprodukten vom 7. Februar.

Weizen: März 207—206,75, Mai 209—208,5.
Roggen: März 167,75—166,5, Mai 169—168,5.
Hafer: März —, Mai 129—128.

Berliner Metallnotierungen vom 7. Februar.

Die Preise verstehen sich in Reichsmark für 100 Kilogramm bei Silber für 1 Kilogramm.

Elektrolytkupfer 47,25, Originalhüttenaluminium in Blöcken, Walz- oder Drahtbarren 98—99 Prozent 160, Originalhüttenaluminium 99 Prozent in Walz- oder Drahtbarren 164. Reinnickel 98—99 Prozent 350, Antimon Regulus 37—39, Feinsilber (1 Kilogramm fein) 35¾—39¼.

Vorfrühlingsboten auf dem Kölner Hauptmarkt.

Köln, 7. Februar.

Infolge der eingetretenen milderen Witterung war der Hauptmarkt reicher beschickt. Dem größeren Angebot stand aber eine gesteigerte Nachfrage gegenüber, so daß sich in Gemüse ein belebtes Geschäft entwickelte. Der Absatz in Obst vollzog sich schleppend. Wer einen Gang über den Blumenmarkt machte, glaubte schon den nahenden Vorfrühling zu spüren. Man sah aus den Treibhäusern duftenden Flieder, Veilchen, Vergißmeinnicht, Narzissen und Tulpen, aus dem Süden Rosen, Schneeglöckchen, Mimosen usw. und von hier aus dem Freien Weidenkätzchen.

Es kosteten im Großhandel: Kartoffeln, blaue Nieren 6, gelbe 3,50—4, Industrie 2,50 bis 3 Mk. der Zentner. Grünkohl 3—6, Weißkohl 2—3, Rotkohl 2,5—4, Wirsingkohl 3,5—4,5, Rosenkohl 16—18, weiße Rüben 2,5—5, Karotten 3—4, Feldsalat 60—120, Steckrüben 2—2,5, Spinat 16—19, Möhren 3—4,5, Zwiebeln 5,5 bis 6 Pfg. das Pfund. Endivien 3—14, Weißkohl 4—8, Rotkohl 4—10, Wirsing 5—12, Kohlrabi 2—4, Sellerieknollen bis 20, Schwarzwurzel 10—14 Pfg. das Gebund. Kochäpfel 10 bis 15, Eßäpfel 13—30, Baumnüsse 30—50, Molkereibutter 105—116, Landbutter 100 Pfg. das Pfund. Eier 7,5—11 Pfg. das Stück. An Auslandswaren: Endivien 12—20 Pfg. das Stück, Korb 1,50 Mk. Span. und ital. Kopfsalat 23—28, ital Blumenkohl 19—35 Pfg. das Stück. Schwarzwurzeln 19—22, Tomaten 40—50, holl. Zwiebeln 6 Pfg. das Pfund. Amerik. Aepfel Kiste 9—13, Faß 25—26, Almeria-Trauben Faß 14—20, Apfelsinen Kiste 10—15, Zitronen Kiste zu 150 Stück 6—8, zu 300 Stück 9—12 Mk. Holl. Kochäpfel 11—16, Birnen 40—50, holl. Trauben 80—90, brüsseler 175—200, Ananas 80 bis 90, Bananen 30—32, Maronen 16—20. Haselnüsse 35—45, Feigen 20—35 Pfg. das Pfd.

Kölner Effektennotierungen vom 7. Februar.

(* = kein Angebot, keine Nachfrage. — = Notiz nicht zustandegekommen.)

Basalt Linz 15¼	Schuckert 84
Bonner Berg 42	Stollwerck 41½
Deutsche Erdöl --	Commerzbank 53½
J. G. Farben 104¼	Reichsbank 144½
Gelsenkirchen --	Allianz 195
Mannesmann 60¼	Colonia Rück 210

Bonner Markt

Bonn, 7. Februar.

Gezahlt wurden im Großhandel: Kartoffeln, Nieren 400, rote 600, oberl. Industrie 270, Juli-Nieren 650, Spätwirsing 5—6, Weißkohl 2,5, Rotkohl 3,5—4,5, Krauskohl 5, Rosenkohl 15—17, Kohlrabi 4, Möhren 4—5, Karotten 6, Rhabarber 30, Rettich 3—4, Meerrettich 20—30, Weiße Rüben 4—5, Schwarzwurzeln 15—16, Spinat 15—17, Sellerie 8—15, Breitlauch 2—4, Feldsalat 60—85, Zwiebeln 5—6, Tomaten, ausl. 30 bis 40, Eßäpfel 18—24, Kochäpfel 12—16, Apfelsinen 2—6, Bananen 28—30, Eier 8,5—10, Molkereibutter 110—125, Landbutter 110 Pfg.

Bonner Schlachtviehmarkt

Bonn, 7. Februar.

Zum Schlachtviehmarkt wurden aufgetrieben und je Pfund Schlachtgewicht in Pfennig notiert: 2 Ochsen, 34 Kühe und Rinder 30—45, 16 Bullen 40—46, 175 Kälber 35—64, 125 Schweine 46—50. Marktverlauf: Ruhig.

Amtlicher Preisbericht der Kölner Produktenbörse.

Köln, 7. Februar.

Es bedeutet Rg.-Roggen, F.-Futter, W.-Winter S.-Sommer.

Weizen rhein. 74 Kg	19,75	Weizenkl.	7,75— 9,50	brutto mit Sack
Weizen ausl.	22,50—24,00	Roggenkl.	7,00— 7,50	
Roggen rhein. 70—71 Kg	15,75	Biertreber	10,75—11,00	
Roggen nordd.	—	Leinf. 38 Prz	10.90—11.15	
Roggen ausl	18,00—18,50	Erdnußkm. 50 Prz	10,80—11.10	
Hafer hiesiger	12,50—13,00	„ 54 „	11.80—12,10	
Hafer nordd	—	Sojaschr. 46 Proz.	975—10,00	
Hafer ausl	—	Rapsk. 38 Prz.	8,75	
F.-Gerste ausl.	—	Palmkernk. lof.	10,00—10,25	
W.-Gerste inl	16,50—16,75	Trockenschn. l.	7,50	
S.-Gerste inl	17.00—18.00	Zuckerschn. lof.	8,50— 9,00	
Mais grober	18,75—19,25	Rohmelasse	7.25— 8,50	
Mais kleiner	21,50	Wiese rheinl. lose neu	5,00— 5,50	
Weizenmehl inländ	26,50	gepreßt	—	
Rhein. Weizenbäckermehl m.		Kleeheu inl. lose neu	6,40— 7,20	
Auslandswz	26,50—27,00	gepreßt	—	
Roggenmehl 70 Prz. inl	21,75—22,75	ausländisches	—	
70 Prz. m. ausländ Roggen	23,25	Roggenstr gepr neu	1,40— 1,50	ab rhein. St.
Roggenschrot inländischer	19,00	Weizenstr. gepr. neu	1,35— 1,40	
ausländisch	20,50—20,75	Haferstroh gepr.	1,35— 1,45	

Stimmungsbericht: Keine wesentliche Preisänderung in Getreide, Mehl aber etwas höher notiert, Futtermittel niedriger.

Kölner Butternotierungen vom 7. Februar.

Butter (inländische) Erzeugerpreis für 100 Kilogramm ab Verladestation ohne Verpackung. 1. Qualität 200, 2. Qualität 184, 3. Qualität 170. Tendenz: Sehr ruhig.

Kölner Kartoffelnotierungen vom 7. Februar.

Rheinische runde gelbe Kartoffeln 1. Qualität (Industrie) 2,30, do. 2. Qualität (Industrie) 2,15, norddeutsche lange gelbe (Nieren) Kartoffeln 2,60, rheinhessische und pfälzische Industrie-Kartoffeln 2,— Mark.

Die Großhandelsrichtzahl um 1,5 Prozent gesunken.

Berlin, 8. Febr. Im Monatsdurchschnitt Januar 1933 stellt sich die vom Statistischen Reichsamt berechnete Richtziffer der Großhandelspreise auf 91.0 (1913 = 100). Sie ist gegenüber dem Vormonat (92.4) um 1,5 Prozent gesunken.